

Prüfauftrag und frühzeitige Stellungnahme für die weiteren Planungen zur Nutzung des ehemaligen Possehl-Geländes an der Rissener Straße der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für den Planungsausschuss am 10.02.2026

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt:

Der Planungsausschuss bittet die Verwaltung zu prüfen und hierzu frühzeitig das Gespräch mit dem Investor (DHL) zu führen,

- 1. ob und in welcher Form der bestehende KZ-Gedenkstein auf dem ehemaligen Possehl-Gelände aus seiner derzeitigen Lage auf einer wenigen Quadratmeter großen Fläche unmittelbar an der Bundesstraße in einen größeren, zusammenhängenden Gedenkbereich innerhalb des Grundstücks verlagert werden kann;**
- 2. ob hierfür insbesondere die Flächen mit vorhandenem Baumbestand in Betracht kommen, der nach derzeitigem Kenntnisstand planerisch nicht überbaut werden kann, und wie dieser Baumbestand in ein Gedenkkonzept eingebunden werden könnte;**
- 3. wie ein erweiterter Gedenkort bereits in einer sehr frühen Planungsphase in die Überlegungen des Investors zur Flächenaufteilung, Erschließung und Wegeführung integriert werden kann;**
- 4. ob eine öffentlich zugängliche Wegeführung zu einem ruhiger gelegenen Bereich des Grundstücks realisierbar ist, an dessen Ende ein würdiger Gedenkort entstehen könnte;**
- 5. in welcher Form der Investor bereit ist, sich an der konzeptionellen Entwicklung und ggf. an der Umsetzung eines solchen Gedenkortes zu beteiligen.**

Die Verwaltung wird gebeten, dem Planungsausschuss über die Ergebnisse der Gespräche zu berichten.

Begründung:

Auf dem ehemaligen Possehl-Gelände an der Ortseinfahrt der Stadt Wedel an der Rissener Straße ist die Ansiedlung eines DHL-Standortes angedacht.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Wedel nimmt die laufenden, noch frühen planerischen Überlegungen zum Anlass, gegenüber Verwaltung und Investor frühzeitig den Wunsch zur künftigen Ausgestaltung des bestehenden KZ-Gedenkortes abzugeben, damit dieser in die weiteren Planungen engmaschig mitgedacht werden kann. Ziel ist es, deutlich zu machen, dass aus Sicht der Fraktion der frühzeitigen und substanzialen Berücksichtigung eines erweiterten Gedenkortes auf dem Gelände eine hohe Bedeutung zukommt.

Auf dem ehemaligen Possehl-Gelände befindet sich derzeit ein KZ-Gedenkstein, der an die national-sozialistischen Verbrechen und die Opfer von Zwangsarbeit des ehemaligen Außenlagers des KZ-Neuengamme in Wedel erinnert. Der Gedenkstein steht aktuell auf einer sehr kleinen, wenige

Quadratmeter umfassenden Fläche unmittelbar an der Bundesstraße. An Gedenktagen finden an diesem KZ-Gedenkstein Veranstaltungen statt, die vom Arbeitskreis gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit initiiert werden. Die Gedenkenden stehen dabei vor der Herausforderung, auf einem engen Bürgersteig direkt neben dem gefährlichen und lauten motorisierten Verkehr der Bundesstraße gedenken zu müssen. Die Sichtbarkeit des Gedenksteins ersetzt dabei nicht die notwendige räumliche Qualität eines angemessenen Gedenkortes. Jährlich werden in Wedel Gäste aus Putten begrüßt, die mit einem Reisebus anreisen und am Ort des Geschehens gemeinsam mit Menschen aus Wedel und aus dem Umland gedenken. Die Gruppe findet am Gedenkstein direkt an der Bundesstraße kaum Platz. Lärm, Abgase und Gefährlichkeit des Gedenkens direkt neben einer Bundesstraße werden den Anforderungen nicht gerecht. Mit einer Aufwertung des Gedenkortes wird auch die mittlerweile entstandene enge Freundschaft zwischen Wedel und Putten vertieft. Zudem sehen wir in diesem Zuge eine sehr gute Gelegenheit, auch für Schulklassen einen begehbarer Raum der Erinnerung zu schaffen, der die grausame rassistische Ideologie und den Terror des NS-Regimes am ehemaligen Konzentrationslager vor Augen führt. Mit einem deutlich größeren und würdigen Gedenkort wird die Erinnerungsarbeit gefördert und der Austausch zwischen Wedel und Putten gestärkt. Gleichzeitig reisen Wedeler regelmäßig nach Putten, um an den dortigen Erinnerungsveranstaltungen teilzunehmen, die dort – anders als in Wedel – an einem sehr zentralen großen Gedenkplatz inmitten von Putten stattfinden können.

Wir sind der Auffassung, dass die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen ein integraler Bestandteil kommunaler Verantwortung ist und Gedenkorte nicht an den Rand gedrängt, sondern bewusst und qualitätsvoll in neue Planungen integriert werden müssen. Deshalb wünschen wir uns eine Verlagerung des Gedenkortes von der Randlage an der Bundesstraße auf einen großzügig geplanten Gedenkort auf der Planungsfläche, an den genauen Ort, wo auch das nationalsozialistische Unrecht tatsächlich geschehen ist. Auf dem Gelände steht auf der zur Straße Kronkamp gerichteten Seite ein alter geschichtsträchtiger Wald mit kräftigen und gesunden Bäumen. Während der Nazi-Diktatur befand sich auf der bauvorhabenbezogenen Fläche ein KZ-Außenlager, in dem viele Männer ums Leben gekommen sind und zu Zwangarbeit verpflichtet wurden. Der dortige Wald stand dort schon vor über 80 Jahren und ist heute neben einem kleinen Gedenkstein auf der Straßenseite des Grundstücks ein letztes Erinnerungsstück an diese dunkle Zeit. Unsere Fraktion wünscht sich eine Vergrößerung dieser KZ-Erinnerungsstätte unter Einbeziehung der Waldfläche zu einem naturbezogenen Ort des Gedenkens, Erinnerns und Informierens.

Es soll also nach unserer Vorstellung eine öffentliche Grünanlage geschaffen werden, die jederzeit frei zugänglich sein soll und einen Ort des Erinnerns und Gedenkens ermöglicht. So könnte von der Bundesstraße aus am Rande (an der Grenze zum angrenzenden Lidl-Markt) ein Fußgängerweg zu dem hinteren Waldgebiet geführt werden, in den der Gedenkstein verlagert werden könnte. Auf dem Weg könnten auch Informationstafeln angebracht werden, auf denen über Einzelheiten des NS-Unrechts auf diese Gelände aufgeklärt wird.

Dieser vorgeschlagene Bereich eignet sich in besonderer Weise für einen würdigen Gedenkort, da:

- der Baumbestand eine ruhige, abgeschirmte Atmosphäre ermöglicht,
- ökologische Belange und Erinnerungskultur miteinander verbunden werden können,
- keine zusätzlichen Eingriffe in baulich verwertbare Flächen erforderlich wären,
- unter optimaler Nutzung des Grundstücks eine angemessene Erinnerungsfläche geschaffen werden kann

Ein Vorbild einer solchen Erinnerungsstätte inmitten eines engbebauten Gebietes gibt es etwa in dem Stadtteil Kazimierz in Krakau (dort zur Erinnerung an das Krakauer Ghetto).

Wir bitten Verwaltung und Investor ausdrücklich, diese Überlegungen bereits in der laufenden frühen Planungsphase zu berücksichtigen und nicht erst in einem späteren Verfahrensschritt. Eine frühzeitige konzeptionelle Einbindung eröffnet die Möglichkeit, Gestaltung, Erschließung und Wegeführung sinnvoll aufeinander abzustimmen, den vorhandenen Baumbestand als konzeptionelles Element des Gedenkens zu nutzen sowie perspektivisch auch Fördermöglichkeiten für einen erweiterten Gedenkort mitzudenken.

Mit dieser Stellungnahme möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen frühzeitig ein klares politisches Signal setzen: Die Weiterentwicklung des ehemaligen Possehl-Geländes soll mit einer sichtbaren, würdigen und räumlich angemessenen Erinnerung an die dortige Geschichte einhergehen. Die Fraktion versteht diese Stellungnahme als Einladung an Verwaltung und Investor, diesen Aspekt konstruktiv und kooperativ schon in die frühen Planungen einzubeziehen.

Auch der Arbeitskreis der Stadt Wedel gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit begrüßt ausdrücklich den Prüfantrag. Eine Stellungnahme des Arbeitskreises wird diesem Antrag beigelegt.

*Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
Tobias Kiwitt, Petra Goll, Willi Ulbrich, Petra Kärgel, Patricia Römer*